

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen

betreffend der Einführung einer Staatsschuldenbremse im Verfassungsrang

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Kathrin Nachbaur, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen zum Thema „Mangelhaftes Krisenmanagement in der Causa Hypo-Alpe-Adria – zwischen Unwissenheit und scheinbarer Unwahrheit“

Die österreichische Budgetpolitik der letzten rund 50 Jahre basiert ausnahmslos auf Schuldenaufnahme. Allein der Zinszahlungen für unsere Staatsschulden ist aktuell mehr als doppelt so hoch wie das Budget für alle Universitäten und Fachhochschulen des Landes. Der Zinsendienst ist uns also mehr wert als fast 300.000 Studierende und alles an universitärer Forschung und tertiärer Lehre. Und mit dieser Zinszahlung hat Österreich noch keinen Cent an Schulden beglichen. Stattdessen legt die Bundesregierung jährlich weitere Steine in den Schuldenrucksack der jungen Generation. Allein in den letzten sechs Jahren hat sich die Staatsschuld um rund ein Viertel erhöht. Und sie wird in den nächsten Jahren weiter massiv wachsen. Viele öffentliche Schulden werden zudem in ausgelagerten Bereichen „versteckt“.

Eine skrupellose Schuldenpolitik dieser Art ist Zukunftsraub im großen Stil. Sie schwächt unser Gemeinwesen, sie ist nicht nachhaltig, sie ist nicht generationengerecht. Sie stellt schlichtweg ein Versagen der Politik dar. Natürlich soll der Staat auch Schulden machen können und Schulden machen. Aber eben nicht ein halbes Jahrhundert ununterbrochen. Idealerweise sollte das staatliche Budget über den Konjunkturzyklus ausgeglichen sein. In guten Zeiten kann Österreich Überschüsse erwirtschaften, in schwierigen Zeiten investiert die öffentliche Hand, um die Konjunktur zu befeuern und damit der Gefahr von steigender Arbeitslosigkeit etc. gegenzusteuern. So haben zum Beispiel ausgewiesene Sozialstaaten wie Schweden in den letzten Jahren ausgeglichene Budgets zustande gebracht.

Das Nulldefizit ist in Österreich leider immer ein paar Jahre entfernt. In den letzten Jahren verlässlich rund drei Jahre entfernt. Darin ändert auch die plötzliche Begriffsänderung zum „strukturellen Defizit“ nichts. Schulden müssen beglichen werden egal unter welchen Deckmantel die Bundesregierung diese in Zukunft verstecken will. Und so ist zu befürchten, dass 2016 wiederum ein Nulldefizit für 2019 angekündigt wird. Welches nicht kommen wird, weil echte strukturelle Reformen ausbleiben. Diese allerdings braucht es, um den Weg zu einem

ausgeglichenen Budget zu bahnen (z.B. Pensionsreform, Föderalismusreform, Gesundheitsreform, Transparenzkonto für Förderungen). Mit einer Staatsschuldenbremse im Verfassungsrang soll die Regierung und das Parlament in die Pflicht genommen werden. Damit könnte ein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern gewährleistet werden.

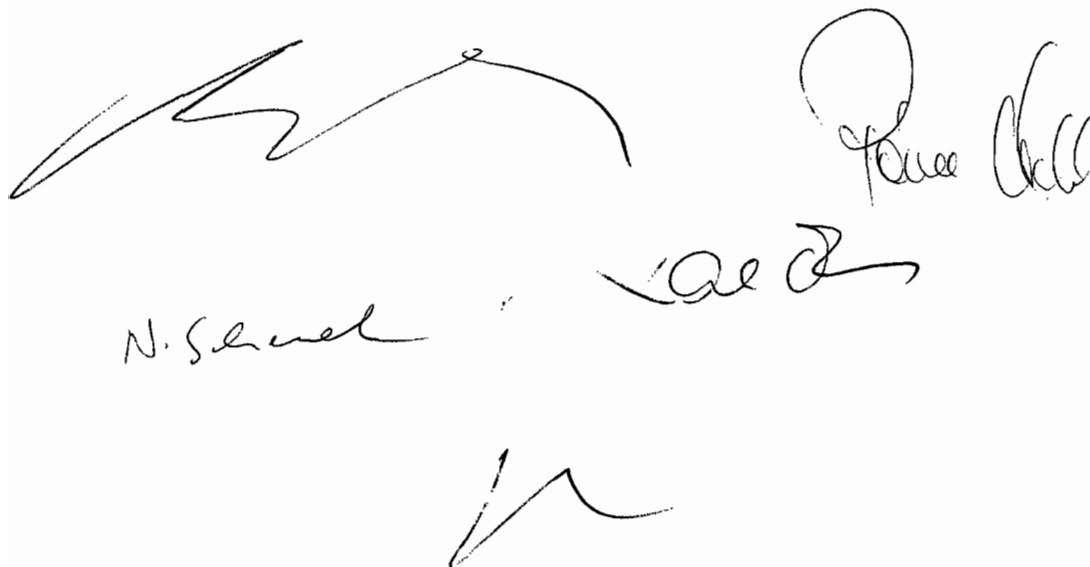
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat so rasch wie möglich einen Gesetzesentwurf zuzuleiten, der eine Staatsschuldenbremse im Verfassungsrang vorsieht.“

Wien, am 25.2.2014



The block contains five handwritten signatures in black ink. From top left to bottom right, they are: a large, stylized signature; a signature that appears to be 'P. ...'; a signature that appears to be 'N. ...'; a signature that appears to be '...'; and a signature that appears to be '...'. The signatures are written in a cursive, handwritten style.